

Alexander Wierzock

## Nähe und Distanz eines Intellektuellen zur Sozialdemokratie

### Ein vergessenes Gutachten des Soziologen Ferdinand Tönnies zur Revision des Erfurter Programms

Unter der Bezeichnung »Kleinere Werkmanuskripte« (Cb 54.33 und Cb 54.34) befinden sich im Nachlass von Ferdinand Tönnies (Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek Kiel) neben soziologischen, rechtswissenschaftlichen und universalhistorischen eine Vielzahl von politisch-publizistischen Manuskripten des »Altmeisters« der Soziologie. Ein Teil dieser Manuskripte wurde vor einiger Zeit im zweiten Nachlassband der Tönnies-Gesamtausgabe erstmals veröffentlicht.<sup>1</sup> Zu den im Nachlassband nicht mit aufgenommenen »Werkmanuskripten« gehört ein Textfragment, das im Tönnies-Nachlass unter dem Titel »Anmerkungen zu Parteiprogrammen« (Cb 54.34:02) zu finden ist.<sup>2</sup> Neue Forschungen des Autors, die hier erstmals vorgestellt werden, belegen nun die Authentizität dieses Fragments. Es ist ein Teil eines Gutachtens, in dem sich Tönnies zur Revision des Erfurter Programms äußert.<sup>3</sup> Es wurde 1920 während der intensiven Programmdebatte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), die ein Jahr später zur Annahme des Görlitzer Parteiprogramms führte, unter dem Titel »Kritisches und Positives« veröffentlicht. Tönnies zeichnete das Gutachten aber nicht namentlich, sondern unter dem Pseudonym »Normannus«.<sup>4</sup> Dies und die Unvollständigkeit des Manuskripts verhinderten bis heute die Zuordnung zu ihm. Jetzt kann dieser Fund den knapp 900 Publikationen, die das Tönnies-Werkverzeichnis ausmachen, zugewiesen werden.<sup>5</sup> An dem hier vorliegenden Gutachten werden Nähe und Distanz einer zentralen Figur der bürgerlichen Sozialreform zur Sozialdemokratie gut sichtbar. Es ist nicht nur eine wichtige biografische Quelle, die viel über Tönnies verrät, vielmehr rekapituliert das Dokument auch Handlungsmöglichkeiten, die der SPD im Kontext der frühen Weimarer Republik aus der Sicht eines bekannten Intellektuellen offenstanden.

#### *Zum Verhältnis von Tönnies zur Sozialdemokratie*

Ferdinand Tönnies (1855–1936) ist mit Georg Simmel und Max Weber einer der Gründerväter der deutschen Soziologie. Doch Tönnies war nicht nur ein Wegbereiter dieser jungen Disziplin, er gehörte auch zu den lautstarken Fürsprechern der sozialdemokratischen

1 *Ferdinand Tönnies*, Gesamtausgabe, Bd. 23, Teilbd. 2: 1919–1936. Nachgelassene Schriften, hrsg. v. Brigitte Zander-Lüllwitz/Jürgen Zander, Berlin 2005.

2 Jürgen Zander, *Ferdinand Tönnies (1855–1936)*. Nachlass, Bibliothek, Biographie, Kiel 1980, S. 16. Das Fragment ist ein von Tönnies handschriftlich verfasstes Dokument. Es ist durchgehend paginiert, von zwölf Seiten fehlen aber die ersten vier. Vgl. Ferdinand Tönnies, *Anmerkungen zu Parteiprogrammen*, Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek Kiel (SHLB), Tönnies-Nachlass (TN) Cb 54.34:02. Die Überschrift des Manuskripts »Anmerkungen zu Parteiprogrammen« trägt nicht Tönnies' Handschrift.

3 Der Fund und die Feststellung der Authentizität des Gutachtens sind bei Recherchearbeiten zu meinem laufenden Promotionsprojekt »Ferdinand Tönnies: Eine politische Biographie (1855–1936)« erfolgt, für dessen Förderung der Gerda Henkel Stiftung an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen sei.

4 *Normannus* [d. i. Ferdinand Tönnies], *Kritisches und Positives*, in: *Das Programm der Sozialdemokratie. Vorschläge für seine Erneuerung*, Berlin 1920, S. 17–24.

5 *Rolf Fechner*, *Ferdinand Tönnies. Werkverzeichnis*, Berlin 1992.

Arbeiterbewegung. Das ganze Ausmaß der Beziehungen zwischen Tönnies und der Sozialdemokratie ist bisher nur ansatzweise erforscht<sup>6</sup>, einige Umriss sind dennoch klar: Im Streit über die politisch-soziale Zukunft der aufstrebenden Industrienation Deutschland gehörte er zu den wenigen Intellektuellen, die von der Notwendigkeit des Sozialismus überzeugt waren und sich massiv für die SPD einsetzten.

Als junger Student war Tönnies Mitte der 1870er-Jahre auf die Sozialdemokratie und ihre Ideen aufmerksam geworden. Ganz typisch für bildungsbürgerliche Abkömmlinge seiner Generation<sup>7</sup>, lässt sich diese Lebensphase als »Soziales Dämmern« begreifen<sup>8</sup>, in der er mit Studienfreunden wie dem späteren Kirchenhistoriker Carl Franklin Arnold über die Sozialdemokratie und die sozialen Verhältnisse diskutierte.<sup>9</sup> Spätestens 1878 sah er die sozialpolitischen Belange der Sozialdemokratie als tief berechtigt an. Als sich in diesem Jahr das »Sozialistengesetz« anbahnte, Tönnies hatte soeben den ersten Band von Karl Marx' Hauptwerk »Das Kapital« durchgearbeitet<sup>10</sup>, schrieb er besorgt an seinen Freund, den Philosophen Friedrich Paulsen:

»Unzweifelhaft war in den letzten Jahren ein Emporringen der gemäßigeren, verständigeren Elemente innerhalb der Sozial-Demokratie bemerkbar. [...] Leider ist zu fürchten, daß nach dem schamlosen Gebahren der herrschenden Klassen in dieser Zeit die eigentlich Rebellionssüchtigen wieder die Oberhand gewinnen werden.«<sup>11</sup>

Überhaupt sollte sich der Zeitraum 1878/79 als prägend für das Interesse von Tönnies an der Sozialdemokratie und der sozialen Frage erweisen. Großen Anteil daran hatte der Ökonom Adolph Wagner. Unter dem Einfluss des Kathedersozialisten, der Tönnies am Statistischen Seminar in Berlin unterrichtete, kam er mit den Schriften von Karl Rodbertus in Berührung. Seither nahm die sozialistische Literatur, wenn man Tönnies' Erinnerungen Glauben schenken mag, ständig seine Aufmerksamkeit in Anspruch.<sup>12</sup> Besonders intensiv war seine Auseinandersetzung mit Marx, wie sich später zeigen sollte. Nach seiner Habilitation an der Universität Kiel 1881 zunächst als Hobbes-Forscher wahrgenommen, trat Tönnies 1887 mit der ersten Auflage seines Hauptwerks »Gemeinschaft und Gesellschaft« als Marx-Kenner hervor. Einigen Vertretern der Fachwelt wie Albert Schäffle ging die Bezugnahme auf den »tiefsten Social-Philosophen Karl Marx« in der Schrift freilich zu weit<sup>13</sup>, sodass er dem Verfasser »eine nicht schwache Dosis Marxomanie«

6 Vgl. *Uwe Knoch*, Die deutschen Sozialdemokraten und Ferdinand Tönnies, in: Studien zur Philosophie und Gesellschaftstheorie des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 11, hrsg. v. *Rolf Bauermann/Dieter Bergner*, Halle 1989, S. 106–116. Weitere Ausführungen enthält auch *Dieter Pasmann*, Wissenschaft und Politik im Umfeld von »Gemeinschaft« und »Gesellschaft«, in: ebd., S. 20–42, hier: S. 34–36. Zudem Hinweise bei *Dieter Krüger*, Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland, Göttingen 1983, S. 71f., und *Uwe Carstens*, Ferdinand Tönnies. Friese und Weltbürger. Eine Biographie, 2., erw. Aufl., Bräist/Bredstedt 2013, S. 263–265.

7 Wobei Tönnies nicht aus dem Bildungsbürgertum, sondern aus dem Großbauernum stammt.

8 So bezeichnet der mit Tönnies befreundete Genossenschaftstheoretiker Franz Staudinger seine erste Berührung mit der Gedankenwelt der Sozialdemokratie im Winter 1876/77. Vgl. *Franz Staudinger*, Kulturgrundlagen der Politik, Bd. 1: Ausgangspunkte und Methoden, Jena 1914, S. 39.

9 Vgl. Carl Franklin Arnold an Ferdinand Tönnies, 12.6.1874, SHLB, TN Cb 54.56.

10 Vgl. *Ferdinand Tönnies*, Ferdinand Tönnies, in: Die Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Bd. 3, hrsg. v. *Raymund Schmidt*, Leipzig 1922, S. 199–233, hier: S. 207f.

11 Ferdinand Tönnies an Friedrich Paulsen, 9.7.1878, in: *Olaf Klose/Eduard Georg Jacoby/Irma Fischer*, Ferdinand Tönnies. Friedrich Paulsen. Briefwechsel 1876–1908, Kiel 1961, S. 28–32, hier: S. 29.

12 Vgl. *Tönnies*, Ferdinand Tönnies, S. 209f.

13 *Ferdinand Tönnies*, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie, Nachdr. der 8., verb. Aufl., Darmstadt 1963, S. XXIV, in der ersten Auflage von 1887 noch mit dem Untertitel »Abhandlung des Communismus und Socialismus als empirischer Culturformen«.

vorwarf.<sup>14</sup> Das Verhältnis zu Marx unterschied Tönnies grundsätzlich von älteren Kathedersozialisten wie Schäffle oder Gustav Schmoller, die zwar für eine Öffnung zur sozialen Frage standen, sich gegenüber Marx aber scharf abgrenzten.

Doch nicht nur das Studium sozialistischer Literatur bestärkte Tönnies in seiner Sympathie für die Sozialdemokratie. Es war ebenso die bereits in Jugendjahren gewachsene politische Überzeugung, dass einer demokratischen Republik die Zukunft gehören würde. »Deshalb aber stehe ich nicht an«, wie er Johannes Heller, einem befreundeten Historiker, anvertraute, »die Franzosen glücklich zu heissen, sofern sie die toten Reste von Legitimationsprinzipien und Feudalismus endgültig losgeworden sind und bei Zeiten schon die Regierungsform gefunden haben, wenigstens ihrem Schema nach, welche für die Zukunft [...] die einzig mögliche sein wird.«<sup>15</sup> Der Hauptgarant für diese politische Weiterentwicklung hin zu einer Parlamentarisierung des Reichs und vor allem Preußens schien ihm die Sozialdemokratie zu sein.<sup>16</sup>

Wie so viele Kritiker hoffte auch Tönnies nach der Demission des Reichskanzlers Otto von Bismarck im März 1890 auf einen Umschwung in der inneren Politik des Reichs. Dies spiegelt sich in einem Brief an Paulsen wider: »Unserer politischen Entwicklung sehe ich [...] mit mehr Teilnahme als früher entgegen. Der junge Imperator [Wilhelm II.] kann vielen Dreck auskehren«, obgleich Tönnies auch einige Zweifel erkennen ließ, »er wird aber gefährlich werden, wenn er älter wird.«<sup>17</sup> Doch vorerst sollten diese Bedenken keine Rolle spielen. Vielmehr löste das Auslaufen des ›Sozialistengesetzes‹ im September 1890 in linksliberalen Kreisen des Bürgertums geradezu eine Euphorie aus, dass eine Klassenversöhnung kurz bevorstehe. Ältere Reformvereinigungen wie der »Verein für Socialpolitik« verspürten wieder Rückenwind und neue Reformbewegungen wie die »Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur«, an deren Gründung 1892 Tönnies maßgeblich beteiligt war, wurden ins Leben gerufen.<sup>18</sup> Infolge des »Neuen Kurses« (1890–1894) und der ihn begleitenden Reformhoffnungen sah Tönnies nun die Zeit gekommen, »jenen gesellschaftlichen Bann, der dem Proletariat etwas von der Unliebenswürdigkeit eines Kettenhundes gegeben hat, zu brechen.«<sup>19</sup> Deshalb versuchte er, befreundete Kollegen für die Idee, geschlossen der Sozialdemokratie beizutreten, zu gewinnen. Besonders intensiv diskutierte er hierüber mit Werner Sombart (1863–1941): »Es ist eine sehr einfache Sache. Ich meine wir können eine für viele Herzen erlösende Tat tun, die von uns allerdings Selbst-Überwindung fordert. Wir müssen offen der socialdemokratischen Partei beitreten«<sup>20</sup>, bedrängte er den jüngeren Kollegen. Dabei ging es Tönnies vor allem um die Wirkung auf die Mittelschichten, die hierdurch erzielt werden sollte. Doch konnte er Sombart

14 Albert Schäffle, Bespr. v. Ferdinand Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 48, 1892, S. 559–560, hier: S. 559.

15 Ferdinand Tönnies an Johannes Heller, o.D. [1878?], SHLB, TN Cb 54:51:6.

16 Zu Tönnies' Kritik am politischen System der wilhelminischen Ära vgl. Alexander Wierzock, Ein »Wart-Turm über den Parteien«. Tönnies als Kritiker von Parteien und Parlament im deutschen Kaiserreich, in: Uwe Carstens (Hrsg.), *Ferdinand Tönnies. Der Sozialstaat zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft*, Baden-Baden 2014, S. 101–121.

17 Ferdinand Tönnies an Friedrich Paulsen, 3.5.1890, in: *Close/Jacoby/Fischer*, *Briefwechsel 1876–1908*, S. 279–281, hier: S. 280.

18 Vgl. zur Ethischen Bewegung Klaus Christian Köhnke, »Ethische Kultur«, Neuer Kurs und Sozialdemokratie, in: Helmut Holzhey (Hrsg.), *Ethischer Sozialismus. Zur politischen Philosophie des Neukantianismus*, Frankfurt am Main 1994, S. 283–300.

19 Ferdinand Tönnies an Werner Sombart, 13.1.1894, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, VI HA Nachlass Werner Sombart Nr. 9f, Bl. 85–90.

20 Ferdinand Tönnies an Werner Sombart, 6.12.1893, zit. nach: *Friedrich Lenger*, *Werner Sombart 1863–1941. Eine Biographie*, München 2012, S. 94, zu den Differenzen zwischen Sombart und Tönnies in der Frage eines Parteibeitritts ausführlicher ebd., S. 94–96.

nicht überzeugen, zu groß war dessen Furcht vor materiellen Konsequenzen und letztlich traten weder er noch Tönnies der Partei bei.

Der bald wieder verschärfte Repressionskurs (1894/95) gegen die Arbeiterbewegung durch die herrschenden Kreise des Kaiserreichs tat Tönnies' Engagement für eine Aussöhnung keinen Abbruch. Entschieden trat er dem politisch geschürten Stimmungsbild von der SPD als Umsturzpartei öffentlich entgegen. Obgleich er sich keine übertriebenen Erwartungen von einer höheren Publizistik machte, glaubte er doch an ihre aufklärende Wirkung. In diesem Sinne war Tönnies ein typischer Gelehrtenpolitiker. Beispielhaft hierfür ist seine 1895 veröffentlichte »Kritik der Umsturz-Vorlage« in der er erklärte, es sei

»ein *Phantom*, wenn behauptet wird, es gebe zwar in der Sozialdemokratie eine Richtung, die für friedliche und gesetzliche Entwicklung sei, aber die vorherrschende Richtung sei für gewaltsamen Umsturz. Die gesammte Partei, als solche, denkt nicht an die Anwendung anderer Waffen als die des *Stimmzettels*«. <sup>21</sup>

Hatte sich Tönnies bereits durch seine führende Rolle in der ethischen Kulturbewegung für eine Professur ungünstig exponiert, disqualifizierte er sich vollends durch seine Parteinahme für die streikenden Dockarbeiter im Hamburger Hafendarbeiterstreik 1896/97, einem der größten Arbeitskämpfe in der Geschichte des Deutschen Reichs. Zusammen mit Heinrich Herkner, Ignaz Jastrow und anderen linksliberalen Gelehrten hatte er im Januar 1897 in diese Auseinandersetzung mit einem aufsehenerregenden Spendenaufzuruf für die streikenden Hafendarbeiter eingegriffen. <sup>22</sup> Obgleich die Aktion für Tönnies keine direkten Folgen im Unterschied zu anderen Mitunterzeichnern hatte <sup>23</sup>, beendete sie für ihn vorerst alle Aussichten auf eine akademische Laufbahn. Erst 1913 sollte er ein Ordinariat für Staatswissenschaften an der Universität Kiel erhalten. In der Zwischenzeit nahm Tönnies die Rolle des sozialkritischen Intellektuellen ein, der sich intensiv und unermüdlich in der tagespolitischen Presse zu Wort meldete. Die Überzeugung, dass die Sozialdemokratie eine gerechte und zukunftsweisende Sache vertrete, bestimmte ihn dabei weiterhin.

Doch das Verhältnis zur SPD war nicht konfliktfrei. Nur wenige haben das klarer und einfühlsamer ausgedrückt als der Staatsrechtler und ehemalige sozialdemokratische Reichsjustizminister Gustav Radbruch. »Tönnies war nie organisierter Sozialist, weil er große Scheu davor hatte, sich in praktische Politik zu verlieren, auch [weil er] in seiner Denkungsart von dem Erfurter Programm in einigen Stücken abwich«, schrieb Radbruch 1925 aus Anlass des 70. Geburtstags des Soziologen. Radbruch kannte Tönnies aus seiner Zeit an der Kieler Universität und wusste, dass sein ehemaliger Kollege »den Sozialismus nicht nur als eine geschichtsmaterialistische Notwendigkeit begründet wissen wollte, sondern auch als eine sittliche Forderung«. <sup>24</sup> Tönnies hatte diese Dissonanzen nie verhehlt. So wie er vor dem Ersten Weltkrieg der Dämonisierung der SPD publizistisch entgegentrat, so sehr war er davon überzeugt, in der Partei einen »wissenschaftlich geläuterten

21 *Normannus* [d.i. Ferdinand Tönnies], Im Namen der Gerechtigkeit! Kritik der Umsturz-Vorlage, Berlin 1895, S. 28 (Hervorhebungen im Original).

22 Vgl. *Cornelius Bickel*, Tönnies in Hamburg (1894–1901). Skeptische Aufklärung in Theorie und Praxis, in: *Rainer Waßner* (Hrsg.), Wege zum Sozialen. 90 Jahre Soziologie in Hamburg, Opladen 1988, S. 25–48.

23 So wurde gegen den Kieler Theologieprofessor Otto Baumgarten, einen guten Bekannten von Tönnies, ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

24 *Gustav Radbruch*, Ferdinand Tönnies' 70. Geburtstag, in: *ders.*, Gesamtausgabe, Bd. 16: Biographische Schriften, hrsg. v. *Arthur Kaufmann*, Heidelberg 1988, S. 49–52, hier: S. 51, zuerst in: Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung (SHVZ), 25.7.1925. Das vorangehende Zitat ebd. Zur ethischen Kritik von Tönnies am Marxismus vgl. *Ferdinand Tönnies*, Karl Marx. Leben und Lehre, hrsg. v. *Arno Bammé*, München 2013, S. 7–184, hier: S. 182–184, erstmals erschienen 1921.

Sozialismus« zu verankern.<sup>25</sup> Sein ausgedehnter Freundes- und Schülerkreis, zu dem auch Sozialdemokraten wie Heinrich und Lily Braun, Heinrich Cunow, Alfred Grotjahn, Paul Hermberg, Gustav Radbruch, Hans Staudinger und Albert Südekum gehörten, war ihm hierfür von Nutzen. So rühmte er sich Ende 1919 gegenüber dem Historiker Hermann Oncken: »Die Nationalisierung des *Sozialismus* war immer mein Programm gegenüber der Sozialdemokratie gewesen. Auf den gegenwärtigen preußischen Finanzminister [Südekum] habe ich in diesem Sinn einigen Einfluß gewonnen.«<sup>26</sup>

Integraler Bestandteil dieses Programms war für Tönnies, dass sich die SPD von einer Klassenpartei, welche die Interessen der Industriearbeiter vertritt, zu einer linken Volkspartei weiterentwickeln müsse. Dieser Gedanke deutet sich bereits in einer 1902 für die »Gesellschaft für Soziale Reform« verfassten Schrift an, in der er ausführt, dass sich

»die *Partei* [die SPD] im Sinne des gemeinen Wohles und des *vaterländischen* Interesses [...] um so günstiger entwickeln [wird], je mehr sie sowohl über die bloße Interessenvertretung des industriellen Proletariats, als über den unbedingten demokratischen Radikalismus durch höhere politische Gesichtspunkte sich zu erheben vermag, je mehr sie die *soziale Reform*, und nichts als die soziale Reform, als den Kern ihres Programms zu entwickeln und zu pflegen beflissen sein wird.«<sup>27</sup>

Auch wenn Tönnies das Öffnungspotenzial der sozialdemokratischen Nischengesellschaft und der aus ihr hervorgehenden SPD überschätzt haben mag, sollten seine Ideen nicht vorschnell als bloßer Idealismus abgetan werden. Durch seine zahlreichen empirischen Beobachtungen und Analysen der ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Hafenarbeiter und Seeleute kannte Tönnies die lebensweltliche Isolation des sozialdemokratischen Milieus sehr gut.<sup>28</sup> Gerade deswegen setzte er sich für Koalitionsfreiheit, Volksbildung, sozialen Wohnungsbau und viele andere (sozial-)politische Maßnahmen ein, denn nur so sei die Abschottung und Abschirmung der Arbeiterschaft aufzuheben und »dieser das Bewußtsein zu geben, daß sie innerhalb der heutigen Gesellschaft und des heutigen Staates nicht nur geduldet und geschützt, sondern als ein notwendiges und gleichberechtigtes Organ anerkannt und gewürdigt wird.«<sup>29</sup> Diese sozialpolitische Perspektive sollte bei der Bewertung seiner Vorschläge über eine Weiterentwicklung der SPD mitgedacht werden.

Ebenso darf Tönnies' Sozialismusverständnis in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Sein damit verbundenes kulturpessimistisches Denken über einen unausweichlichen Untergang der europäisch-amerikanischen Kultur braucht hier nicht weiter erörtert zu werden<sup>30</sup>, es genügt festzustellen, dass Tönnies eine fortschreitende Tendenz zum Sozialismus für unvermeidlich hielt.<sup>31</sup> Diese Entwicklung zu regulieren und ihre kulturzerstörenden Potenzen zu entfalten hielt er für die zentrale Aufgabe der Intellektuel-

25 Ferdinand Tönnies, Geläuterter Sozialismus, in: Der Staatsbürger. Halbmonatsschrift für politische Bildung 4, 1913, Sp. 855–860.

26 Ferdinand Tönnies an Hermann Oncken, 7.12.1919, zit. nach: Rüdiger vom Bruch, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890–1914), Husum 1980, S. 81. Zum Verhältnis zwischen Südekum und Tönnies vgl. Max Bloch, Albert Südekum (1871–1944). Ein deutscher Sozialdemokrat zwischen Kaiserreich und Diktatur. Eine politische Biographie, Düsseldorf 2009, S. 35–44.

27 Ferdinand Tönnies, Vereins- und Versammlungsrecht wider die Koalitions-Freiheit, Jena 1902, S. 55 (Hervorhebungen im Original).

28 Zu Tönnies empirischer Sozialforschung vgl. die bibliografischen Angaben bei Fechner, Werkverzeichnis.

29 Tönnies, Vereins- und Versammlungsrecht wider die Koalitions-Freiheit, S. 51.

30 Vgl. hierzu Alexander Wierzock, Tragisches Bewusstsein und sozialer Pessimismus als wissenschaftliche Erkenntnisvoraussetzung: Alfred Meusel und Ferdinand Tönnies, in: ZfG 62, 2014, S. 901–920, hier: S. 912f.

31 Vgl. Tönnies, Ferdinand Tönnies, S. 230f.



len. Präzise Pläne über die zukünftige Gestalt der sozialistischen Gesellschaftsordnung lagen Tönnies dabei fern. Es lässt sich aber erkennen, dass er seit der Jahrhundertwende die konsumgenossenschaftliche Idee energisch vertrat. Die Konsumgenossenschaften entsprachen dabei seiner Überzeugung, dass der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Ordnung möglichst ohne gewaltsame, radikale Schritte vorangehen sollte, was mit seiner konsequent evolutionären Marx-Interpretation konform geht.

Daher verwundert es kaum, Tönnies in entschiedener Frontstellung gegen die revolutionären Kräfte in der SPD zu sehen. »Wichtig ist es«, schrieb er 1906 an Sombart, »daß die nicht-intransigente Richtung innerhalb der S.D. [Sozialdemokratie], daß die Politik welche Haftung mit der bürgerlichen Demokratie sucht unter den Massen wirksam werde.«<sup>32</sup> Für den linken SPD-Flügel hatte Tönnies nichts übrig. Der Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft konnte für ihn nur behutsam und langfristig vor sich gehen, durch Gewalt würde die Kulturentwicklung unterbrochen werden. Diese Befürchtungen verstärkten sich bei ihm, als am 9. November 1918 das Kaiserreich zusammenbrach und die beiden sozialistischen Parteien SPD und Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) – letztere ein Sammelbecken pazifistischer und linkssozialistischer Gruppen, das sich Ostern 1917 aus Ablehnung der Burgfriedenspolitik von der sozialdemokratischen Parteimehrheit abgespalten hatte – eine provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, gebildet hatten. Tönnies hielt die ganze Entwicklung für überflüssig und überaus gefährlich. Eine Entwicklung nach dem Vorbild der Russischen Revolutionen beunruhigte ihn, stattdessen sollten schnellstmöglich Wahlen zu einer Nationalversammlung stattfinden, um die revolutionäre Situation in geordnete Bahnen zu lenken. Ein Schlüsseltext, in dem Tönnies den politischen Umbruch von 1918 kommentiert, ist seine kurz vor der Wahl zur Nationalversammlung erschienene Broschüre »Der Gang der Revolution«. Dabei setzte er seine Hoffnungen, wie mehrfach deutlich wird, ganz auf die SPD, an die er den eindringlichen Appell richtete:

»[E]ine Verfassung schaffende Nationalversammlung muß unbedingt so bald als möglich zusammentreten, wenn das Reich vor gänzlichem Untergang gerettet werden soll. Ganz besonders muß dies die Ueberzeugung der sozialdemokratischen Partei sein, insofern als sie sich für die Umwälzung verantwortlich fühlte [...]. Es war und ist eine Lebensfrage für sie, das russische Muster, das ohnehin den Arbeiter- und Soldaten-Räten keineswegs zur Empfehlung dienen konnte, so tatkräftig als möglich abzuwehren.«<sup>33</sup>

Obwohl Tönnies die kompromissorientierte Politik der Weimarer Koalition in der Nationalversammlung begrüßte, blickte er doch in der revolutionären Entstehungsphase der Republik zunehmend hoffnungslos in die Zukunft. Vor allem die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten bereitete ihm Sorgen. Angesichts der Verbitterung über diese Entwicklung konnte er seine Bedenken gegen einen Beitritt zur SPD erst im hohen Alter beiseiteschieben. Nachdem Tönnies bereits 1924 Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold geworden war, trat er 1930 in die SPD ein.<sup>34</sup> Besorgt über den Aufstieg der Nationalsozialisten ergriff er in der Auflösungsphase der Weimarer Republik noch einmal lautstark Partei für die Sozial-

32 Ferdinand Tönnies an Werner Sombart, 20.3.1906, zit. nach: *Krüger*, Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland, S. 72.

33 *Ferdinand Tönnies*, Der Gang der Revolution, in: *Rolf Fischer* (Hrsg.), Revolution und Revolutionsforschung. Beiträge aus dem Kieler Initiativkreis 1918/19, Kiel 2011, S. 115–135, hier: S. 123 (Hervorhebungen im Original). Zuerst anonym erschienen in der Reihe: Zur Soziologie der politischen und wirtschaftlichen Umwälzung, Königsberg 1919.

34 Vgl. Tönnies' Mitgliedsbuch für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Beitritt: 1. Mai 1924) und für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Beitritt: 1. April 1930), SHLB, TN Cb 54.17:29 und 31.

demokratie. Die öffentliche Geltung seiner Person in die Waagschale werfend, wandte er sich in zahlreichen Zeitungsartikeln und Aufrufen an die Öffentlichkeit, um Wähler für die SPD zu mobilisieren, die für ihn immer noch die »sicherste Schutzwehr der bestehenden Verfassung« war.<sup>35</sup>

#### Zur Entstehung und Einordnung des Gutachtens

Das hier vorzustellende Gutachten von Tönnies wurde erstmals im Spätsommer 1920 in der Schrift »Das Programm der Sozialdemokratie« veröffentlicht.<sup>36</sup> Der von Adolf Braun im Auftrag des SPD-Vorstands herausgegebene Gutachtenband sollte ein günstiges Klima für die Revision des Erfurter Programms schaffen, um auf dem Kasseler Parteitag eine Kommission zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms einsetzen zu können.<sup>37</sup> Das Gutachten von Tönnies ist eines von insgesamt 26, die zum allgemeinen Teil des Erfurter Programms oder zu seinen speziellen Forderungen Stellung nehmen. Es steht im Band an dritter Stelle unter dem Titel »Kritisches und Positives«<sup>38</sup>, dem ein Beitrag des Neukanthianers Karl Vorländer über die »philosophischen Grundlagen« des Parteiprogramms vorangeht und ein Beitrag von Eduard Bernstein über die Neuformulierung des Parteiprogramms nachfolgt.<sup>39</sup>

Wie aus einigen der Texte hervorgeht<sup>40</sup>, wurden die Gutachter vom Parteivorstand mit bestimmten Arbeitsaufträgen versehen. Leider ist ein Briefwechsel zwischen Tönnies und dem Parteivorstand, der erhellen könnte, womit er genau beauftragt worden war, verloren gegangen. Mithilfe von Tönnies' Notizkalendern, in denen er seine Briefeingänge festhielt, lässt sich aber zumindest nachweisen, dass er am 29. Juni 1920 ein Schreiben des »Parteivorst. [Parteivorstands] [der] S.D. [Sozialdemokratie]« empfangen hatte, auf das am 3. Juli ein »Bf. [Brief] v. [von] Dr. Adolf Braun« folgte. Auch die Fertigstellung des Gutachtens ist belegt. Für den 12. Juli 1920 wird vermerkt, dass Tönnies am »Vorm. [Vormittag] u. Nachm. [Nachmittag] [ein] Gutachten über [das] s.d. [sozialdemokratische] Programm« abgefasst hatte.<sup>41</sup> Weitere Hinweise auf das Gutachten in der Korrespondenz von Tönnies mit befreundeten Gutachtern wie Heinrich Cunow, Alfred Grotjahn, Max Quarck, Gustav Radbruch oder Rudolf Wissell ließen sich nicht feststellen.

Wie bereits erwähnt, zeichnete Tönnies das Gutachten nicht namentlich. Stattdessen griff er auf sein Pseudonym »Normannus« zurück. Warum er diesen alten Decknamen wieder hervorholte, zuletzt hatte er ihn bei einem Nachruf auf August Bebel verwendet<sup>42</sup>, lässt sich nicht klären. Vielleicht aus Vorsicht angesichts der politisch unruhigen Lage. Das ist einerseits nicht ganz abwegig. Andererseits zeigte er sich sehr couragiert, als er

35 *Ferdinand Tönnies*, Schleswig-Holsteiner, hört! Offener Brief an meine Landsleute in der Nordmark, in: *ders.*, Gesamtausgabe, Bd. 22: 1932–1936, hrsg. v. *Lars Clausen*, Berlin/New York 1998, S. 299–301, hier: S. 301 (Hervorhebung im Original), zuerst in: SHVZ, 29.7.1932.

36 *Das Programm der Sozialdemokratie. Vorschläge für seine Erneuerung*, Berlin 1920.

37 Vgl. *Adolf Braun*, Ist die Zeit für die Revision des Parteiprogramms gegeben?, in: ebd., S. 3–10, hier: S. 8f.

38 *Normannus*, Kritisches und Positives, S. 17–24.

39 Vgl. *Karl Vorländer*, Zu den philosophischen Grundlagen unseres Parteiprogramms, in: ebd., S. 10–17, sowie *Eduard Bernstein*, Zur Frage eines neuen Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: ebd., S. 24–33.

40 Vgl. *Vorländer*, Zu den philosophischen Grundlagen unseres Parteiprogramms, S. 10, und *Richard Woldt*, Parteiprogramm und industriekapitalistische Entwicklung, in: ebd., S. 131–139, hier: S. 131.

41 Vgl. zu den Angaben und Zitaten: Notizkalender 1920, SHLB, TN Cb 54.11:18.

42 *Normannus* [d. i. Ferdinand Tönnies], [August Bebel], in: *Ferdinand Tönnies*, Gesamtausgabe, Bd. 9: 1911–1915, hrsg. v. *Arno Mohr*, Berlin/New York 2000, S. 361–368, zuerst in: *Das Freie Wort* 13, 1913, Nr. 11.

zur selben Zeit in Friedrich Naumanns Zeitschrift »Die Hilfe« Erich Ludendorffs Sicht über die Ursachen der Novemberrevolution heftig kritisierte und das Urteilsvermögen des Generals ernsthaft infrage stellte.<sup>43</sup> Hiernach liegt die folgende Annahme näher: Mit dem Pseudonym wollte Tönnies sichergehen, nicht als ein SPD-Mitglied wahrgenommen zu werden. Dieser Wunsch nach Distanz klingt auch in einer 1919 gemachten Äußerung Heinrich Cunows nach, der als Chefredakteur für »Die Neue Zeit« ebensolche Bedenken bei dem Soziologen zerstreuen wollte. Auf die Mitarbeit von Tönnies, der seit 1917 für das Theorieorgan der SPD regelmäßig schrieb, wollte Cunow nicht verzichten:

»Ich verstehe recht wohl Ihre Bedenken gegen Ihre Mitarbeit an der Neuen Zeit, glaube aber doch, dass sie im ganzen wenig begründet sind. Die Neue Zeit hat bereits vielfach Artikel von Gelehrten und Schriftstellern gebracht, die, wenn sie auch der Partei nahe stehen, doch nicht eingeschriebene Mitglieder sind, und ich glaube daher, dass niemand aus der Tatsache der Mitarbeiterschaft kurzweg schliessen wird, der Betreffende sei direktes Mitglied der sozialdemokratischen Partei.«<sup>44</sup>

Wie dem auch sei – der Rückgriff auf das Pseudonym führte dazu, dass dieser Text von der Forschung übersehen wurde. Anteil daran mag auch die erste Bibliografie gehabt haben, die Else Brenke aus Anlass des 80. Geburtstags von Tönnies einer Festgabe beige-steuert hatte.<sup>45</sup> Es ist nicht auszuschließen, dass Brenke das Gutachten absichtlich ignorierte. Die langjährige Assistentin von Tönnies wusste um das heikle Verhältnis des Soziologen zu den neuen nationalsozialistischen Machthabern, für die er als sozialdemokratischer »Renommierprofessor« galt. Nicht ohne Grund war Tönnies im September 1933 aufgrund des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom Hochschuldienst entfernt worden. Darüber hinaus war seine Pension einkassiert und lediglich eine geringfügige »Gnadenpension« bis zunächst 1935 gewährt worden.<sup>46</sup> In dieser Situation hätte ihm die Erwähnung des Gutachtens nur schaden können. Dass Brenke von dem Text wusste, geht aus dem Manuskript hervor. Liegt doch die Annahme nahe, dass es sich bei der nachträglich hinzugefügten Überschrift »Anmerkungen zu Parteiprogrammen« auf dem Fragment um ihre Handschrift handelt.<sup>47</sup>

So sehr Tönnies auch bemüht war, seine Distanz gegenüber der Sozialdemokratie zu bewahren, für einen kleinen Kreis von Eingeweihten war von vornherein klar, wer hinter dem Pseudonym »Normannus« stand. Eine erste Andeutung hatte bereits Adolf Braun gemacht, der das Gutachten mit der Anmerkung versah: »Diese gutachtliche Äußerung rührt von einem unserer bedeutendsten Soziologen her, der stets ein warmer Freund der Arbeiterbewegung war, aber sich dem politischen Parteileben ferngehalten hat und auch jetzt, schon wegen vorgerückter Jahre, ihm fernzubleiben vorzieht.«<sup>48</sup> Auch für Cunow war klar, dass Tönnies der Verfasser des Gutachtens war. So beendete er die Übersendung mehrerer Artikel über den neuen Programmentwurf im September 1921 mit der beiläufigen Bemerkung, »denn ich weiß, daß Sie sich für die Programmfragen interessieren.«<sup>49</sup> Den Vorhang lüftete Radbruch eigentlich schon 1925. Am Ende der bereits zitierten Jubiläumsgabe, Brauns Anmerkung von 1920 aufgreifend, schrieb er:

43 Vgl. *Ferdinand Tönnies*, Die Logik des Generals Ludendorff, in: *Die Hilfe*, 25.9.1919, Nr. 39, S. 530–533, hier: S. 532.

44 Heinrich Cunow an Ferdinand Tönnies, 8.5.1919, SHLB, TN Cb 54.56:215.

45 Vgl. *Else Brenke*, Schriften von Ferdinand Tönnies aus den Jahren 1875–1935, in: *Gerhard Albrecht* (Hrsg.), *Reine und angewandte Soziologie. Eine Festgabe für Ferdinand Tönnies zu seinem 80. Geburtstage am 26. Juli 1935*, Leipzig 1936, S. 383–403.

46 Vgl. *Carstens*, Ferdinand Tönnies. Friese und Weltbürger, S. 295–297.

47 Anmerkungen zu Parteiprogrammen, Bl. 5. Diese Annahme beruht auf einem Schriftenvergleich.

48 *Normannus*, Kritisches und Positives, S. 17. Brauns Anmerkung wird mit Asterisken angeführt.

49 Heinrich Cunow an Ferdinand Tönnies, 1.9.1921, in: SHLB, TN Cb 54.56:215.



»Und wenn unter dem Namen ›Normannus‹ einer [>]unserer bedeutendsten Soziologen, der stets ein warmer Freund der Arbeiterbewegung war [...] an den Vorarbeiten zum Görlitzer Parteiprogramm mit wertvollen Anregungen teilnimmt, so dürfen wir zwischen ihm und Ferdinand Tönnies nahe Beziehung vermuten.«<sup>50</sup>

#### *Zum Kontext des Gutachtens*

Der historische Kontext des hier nachstehenden Gutachtens von Tönnies bildet die SPD-Programmdebatte der Jahre 1920/21. In Anbetracht des Übergangs zur Republik und dem prinzipiell positiven Verhältnis der SPD zu der neuen Staatsform strebte die Partei ein neues Programm an. Das mittlerweile 30 Jahre alte Erfurter Programm war der veränderten Stellung zur Staats- und Verfassungsordnung nicht mehr angemessen. Viele Forderungen des Programms waren obsolet oder verwirklicht worden. Zugleich wurde vielfach die Revision des sogenannten theoretischen ersten Teils des Programms gefordert. Adolf Braun brachte die Stimmung auf den Punkt: »Was 1891 aktuell war, erscheint heute vielfach überholt.«<sup>51</sup> Aber wie das neue Programm beschaffen sein sollte, darüber gingen die Meinungen weit auseinander.

Ohne hier auf alle Argumente näher eingehen zu können, sei dies an der Frage der sozialen Öffnung, einem wichtigen Aspekt in der Programmdebatte, skizziert. Bereits auf dem Parteitag in Kassel 1920 erwog Adolf Braun, der Geschäftsführer der dort gebildeten Programmkommission, den Übergang zur Arbeiterpartei: Mit dem neuen Programm sollte deutlich werden, dass die SPD nicht mehr nur eine Partei der Industriearbeiter, sondern auch eine der Angestellten, Beamten und Kopfarbeiter sei, so Braun. Zugleich ließ er aber unmissverständlich erkennen, dass die SPD zuvörderst die Interessen der Industriearbeiterschaft zu vertreten habe. Die Partei dürfe diese Interessen nicht durch »irgendwelche Liebhabereien für einzelne Gruppen« verspielen.<sup>52</sup> Von einer solchen taktischen Mittelposition war Heinrich Cunow, ebenfalls Mitglied der Programmkommission und mit Eduard Bernstein einer der federführenden Akteure bei der Ausarbeitung des neuen Programms, weit entfernt. Er hielt die Partei für keine Klassenpartei mehr, ihm ging es darum, die SPD zur linken Volkspartei zu machen. Nüchtern analysierte er, dass die SPD bei den Reichstagswahlen beträchtliche Teile der Arbeiter an die USPD und die Kommunisten verloren, dafür aber Beamte, Handwerker und Kleinbauern hinzugewonnen habe.

»Ist unsere Partei aber keine bloße Klassenpartei mehr, sondern ein Gemisch verschiedener Klassen, so kann sie auch nicht [...] einseitige Interessenpolitik im Dienste der Arbeiterklasse treiben; sie muss notwendig einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen in ihr vertretenen Klassenteile suchen.«<sup>53</sup>

Logischerweise implizierte das für ihn auch, den Klassenstandpunkt im neuen Programm zu streichen. Das war für Parteilinke wie Hans Marckwald völlig indiskutabel. »Für mich ist jedes Parteiprogramm unannehmbar«, das den Klassenstandpunkt aufgibt, protestierte er in der »Neuen Zeit«. »Das ist die Grundidee unserer Partei, und wenn sie im Programm fehlt, dann fehlt das Wichtigste.«<sup>54</sup> Im Grunde sollte Cunow, der noch zu Beginn der De-

50 *Radbruch*, Ferdinand Tönnies' 70. Geburtstag, S. 52. Beiläufig ist hiermit auch das Zitat von Radbruch belegt. Vgl. Editionsbericht-Ferdinand Tönnies, in: *ders.*, Gesamtausgabe, Bd. 16, S. 354–355, hier: S. 355.

51 *Adolf Braun*, Die Notwendigkeit der Programmrevision 1891–1921, in: *ders.* (Hrsg.), Der Programmwurf der Sozialdemokratischen Partei. Ein Kommentar, Stuttgart 1921, S. 5–11, hier: S. 9.

52 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kassel 10.–16. Oktober 1920, Berlin 1920, S. 192.

53 *Heinrich Cunow*, Zur Kritik des Programmwurfs III, in: *Die Neue Zeit*, 19.8.1921, S. 481–488, hier: S. 487f.

54 *Hans Marckwald*, Gegen die Programmrevision, in: *ebd.*, 12.8.1921, S. 464–470, hier: S. 468f.

batte das Erfurter Programm lieber bestehen und durch ein Aktionsprogramm ergänzt wissen wollte, Recht behalten, als er voraussagte, dass am Ende der Programmrevision nur ein Kompromissprodukt stehen könne.<sup>55</sup>

Denn nichts anderes war das im September 1921 auf dem Görlitzer Parteitag beschlossene Programm.<sup>56</sup> Sicherlich hatten die Kräfte innerhalb der Partei, die während der Programmdebatte auf soziale Öffnung gedrängt hatten, bei der Ausarbeitung Oberhand behalten. Im Görlitzer Parteiprogramm zeigte sich die SPD erstmals als »Partei des arbeitenden Volkes«, welche die »Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden« erstrebe.<sup>57</sup> Gleichzeitig wurde die »demokratische Republik« von der sich als linke Volkspartei präsentierenden SPD »als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform« anerkannt. So sehr es zutreffen mag, dass das Programm ein »Erfolg der Revisio-nisten« war<sup>58</sup>, sollte nicht übersehen werden, dass die marxistischen Traditionsbestände im Programm keineswegs einfach über Bord geworfen wurden. Die sozialistische Gesellschaftsordnung wurde weiterhin als Endziel angestrebt, und auch der Klassenkampfstandpunkt, wenn auch als sittliches Gebot abgeschwächt, hatte in das Programm Einzug gehalten.<sup>59</sup>

Somit spiegelt auch das Görlitzer Programm den inneren Zwiespalt der Weimarer SPD wider, der daher rührte, dass sie einerseits die »republiktragende Kraft par excellence« war<sup>60</sup>, die sich zur neuen Staatsform ausdrücklich bekannte und im Reich sowie in den Ländern (insbesondere in Preußen unter Otto Braun) mit den anderen verfassungstreuen Parteien in Koalitionsregierungen zusammenarbeitete. Andererseits blieb sie nach dem Selbstverständnis der Mehrheit ihrer Mitglieder aber weiterhin eine revolutionäre Klassenpartei, deren programmatisches Endziel – der Aufbau des Sozialismus – über die Weimarer Republik entschieden hinauswies.

Das Lavieren zwischen Oppositions- und Staatspartei wird vor allem nach der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 deutlich, deren katastrophaler Ausgang zur unmittelbaren Vorgeschichte der im Sommer 1920 beginnende Programmdebatte gehört. Bei den Wahlen war es zu erdrutschartigen Veränderungen gekommen. Verglichen mit der Wahl zur Nationalversammlung hatte die SPD über 50 Mandate eingebüßt. Insgesamt entfielen auf sie nur noch 21,7% aller Stimmen gegenüber 37,9% im Januar 1919.<sup>61</sup> Ein Großteil der Wähler war zur USPD abgewandert, die anstatt 22 nun 84 Sitze erhielt, was 17,9% aller Stimmen entsprach. Ein Pyrrhussieg: Bereits im Oktober sollte die USPD an der Frage des Beitritts zur Kommunistischen Internationale auseinanderbrechen. Links von ihr waren auch die Kommunisten im neuen Reichstag vertreten, die mit 2,1% Stimmenanteil aber nur vier Sitze bekamen. Hinter dem Linksruck im sozialistischen Lager standen Enttäuschungen über die Burgfriedenspolitik und die Folgen des Kriegs, aber auch hasserfüllte Gegnerschaft gegenüber der Mehrheitssozialdemokratie angesichts bescheidener Revolutionsresultate und sozialer Misere.

55 Vgl. *Heinrich Cunow*, Zur Kritik des Erfurter Programms, in: ebd., 16.7.1920, S. 361–368, hier: S. 363.

56 Vgl. *Peter Brandt/Detlef Lehnert*, »Mehr Demokratie wagen«. Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010, Berlin 2013, S. 124f.

57 Görlitzer Programm der SPD, in: *Dieter Dowe/Kurt Klotzbach* (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Mit den aktuellen Programmtexten im Anhang, 4., überarb. u. aktual. Aufl., Bonn 2004, S. 187–193, hier: S. 188. Das folgende Zitat ebd., S. 189.

58 *Heinrich August Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984, S. 447.

59 Vgl. Görlitzer Programm der SPD, S. 189.

60 *Hans-Ulrich Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 354.

61 Vgl. im Folgenden *Eberhard Kolb/Dirk Schumann*, Die Weimarer Republik, 8., überarb. u. erw. Aufl., München 2013, S. 344f.

Um zu verstehen, warum in dieser Situation einige Zirkel in der SPD eine soziale Öffnung jenseits der Industriearbeiterschaft forderten, muss berücksichtigt werden, dass bei der Reichstagswahl von 1920 viele Landarbeiter, kleinstädtische Handwerker und bürgerliche Wähler, welche der SPD 1919 ihre Stimme gegeben hatten, anderthalb Jahre später wieder an rechte Parteien und an das Nichtwählerlager verloren gegangen waren.<sup>62</sup> Parteirechten wie Cunow ging es darum, diese Wählerschichten durch eine neue Programmatik wiederzugewinnen und deren Wähleranteil langfristig zu erhöhen. Je mehr sich aber die gesellschaftlichen Verhältnisse in Weimar durch die Aufkündigung der Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften, der Formierung des militanten Rechtsextremismus und der Beschleunigung der Inflation in den Folgejahren verhärteten, mussten solche Strategien illusorisch werden.

Doch diese Entwicklungen befanden sich erst in ihren Anfängen, als der SPD-Vorstand beschloss, dass auf dem Kasseler Parteitag eine Kommission eingesetzt werden sollte, die, so Otto Wels auf einer Parteiausschusssitzung vom 25. August, eine »Umgestaltung unseres Parteiprogramms zum Ziel hat«. Der vom Vorstand herausgegebene Gutachtenband sollte, wie bereits erwähnt, als flankierende Maßnahme dienen, um die parteiinterne Programmdebatte bis zum Parteikongress anzuregen. Dieser Plan ging auf. Zufrieden stellte man fest, dass der Band bei den Parteiorganisationen auf lebhaftes Interesse stieß, was an der großen Anzahl von Bestellungen auf ihn festgemacht wurde.<sup>63</sup> Große innerparteiliche Anteilnahme an der Programmfrage veranschaulichen nicht zuletzt auch die zahlreichen Anträge, die dem Parteitag vorgelegt wurden. Unter den insgesamt 45 Anträgen zeigten sich fast alle mit der Notwendigkeit eines neuen Parteiprogramms einverstanden. Breslau-Görlitz, Hamburg, Luckenwalde und Stuttgart legten eigene Aktionsprogramme vor, Ohmstede sogar ein detailliertes theoretisches Programm. Das Spektrum reichte von radikalen Appellen nach einer »Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus« (Weida) und der Absage jeglicher Koalitionspolitik mit dem Bürgertum (Hoisbüttel) über solche, die ein Handwerker- und Kleinbauernprogramm forderten (Reutlingen und Groß-Stettin).<sup>64</sup> Inwieweit der Gutachtenband und Tönnies' Gutachten insbesondere in der intensiv geführten Programmdebatte weitere Wirkung entfalteten, kann hier nicht erörtert werden. Es sei jedoch festgehalten, dass Tönnies in seinen Vorschlägen zur Programmrevision konkrete Handlungsmöglichkeiten für eine sich erneuernde SPD ausleuchtet, die auf eine linke Volkspartei hinauslaufen, dabei aber über das spätere Görlitzer Programm konzeptionell hinausweisen.

#### *Zum Inhalt des Gutachtens*

Das Gutachten von Tönnies steht im Zeichen der Herausforderungen, vor die sich die SPD Anfang der 1920er-Jahre gestellt sah. Es gliedert sich in drei Abschnitte. Der erste greift die volkswirtschaftliche Entwicklung bis 1914 auf. Tönnies sieht die kapitalistische Produktionsweise, allgemein die Tendenz zum Großbetrieb, immer mehr an Umfang gewinnen. Von einem generellen Niedergang des Kleinbetriebs ist bei ihm aber nicht die Rede. Deutlich erkennt er, dass bestimmte Wirtschaftsbereiche weiterhin durch mittlere und kleinere Unternehmen geprägt und – die realistische Perspektive besticht aus heutiger Sicht – durchaus im Wachstum begriffen sind. Auch den Kleinhandel und die Landwirtschaft sieht er von der Entwicklung zum Großbetrieb ausgenommen. Allerdings habe der

62 Vgl. hierzu ausführlich *Jürgen Winkler*, Die soziale Basis der sozialistischen Parteien in Deutschland vom Ende des Kaiserreichs bis zur Mitte der Weimarer Republik 1912–1924, in: AfS 29, 1989, S. 137–171, hier: S. 147–152.

63 Vgl. Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses der SPD, 25.8.1920, in: *Dieter Dowe* (Hrsg.), Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912–1921. Nachdrucke, Bd. 2, Berlin/Bonn 1980, S. 973–1012, hier: S. 995. Das vorangegangene Zitat ebd., S. 994.

64 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages in Kassel 1920, S. 304–313 und 317f.

Weltkrieg die gesamte Entwicklung beeinträchtigt, insbesondere für das wirtschaftlich am Boden liegende Deutschland. Das Endziel der Sozialdemokratie, die kapitalistische Produktionsweise nach und nach in eine sozialistische zu überführen, sieht Tönnies hierdurch vorerst in weite Ferne gerückt. Zumal, wie Tönnies genau wusste, die Arbeiterbewegung in den jetzt führenden Wirtschaftsmächten Großbritannien und den USA viel schwächer als in Deutschland war.

Im zweiten Abschnitt dehnt Tönnies die Perspektive auf die Volkswirtschaft Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg aus. Seine wenig optimistischen Zukunftserwartungen brauchen hier nicht erörtert zu werden, viel interessanter ist, wie er die Darstellung dieser Notlage geschickt mit der Entfaltung des volksparteilichen Charakters der SPD verbindet. Denn es lässt sich klar erkennen, dass Tönnies hier der SPD ein lager- und milieuübergreifendes Politikangebot vorschlägt. Seine Leitidee könnte man als eine Art staatsbürgerliches Gemeinschaftsbewusstsein bezeichnen, das sich über die kollektive Notlage und den Willen zum Gemeinwohl definieren sollte. Wohnungsbau-, Bildungs- und Sozialpolitik sowie eine stärkere planwirtschaftliche Produktionssteuerung auf notwendige Bedarfsgüter werden von ihm als Interessengegensätze überbrückende Politikangebote ins Spiel gebracht. In dieselbe Richtung zielen auch die folgenden Forderungen: Die Sozialdemokratie habe nicht nur Sozialisierungsforderungen hintanzustellen, sondern auch dringend überparteilich zu agieren. Dahinter stand wohl das Kalkül, so der Enteignungsfurcht und anderen Vorbehalten gegenüber der Sozialdemokratie bei den Mittelschichten entgegenzusteuern.

Welchen sozialen Gruppen sich die SPD öffnen sollte und wer sich als Bündnispartner anbiete, thematisiert der letzte Abschnitt des Gutachtens. So habe die Sozialdemokratie nach der Auffassung von Tönnies vor allem um die Angestellten sowie um die mittleren und höheren Beamten zu werben, was zeigt, dass er ein gutes Gespür dafür besaß, wo die Partei am ehesten neue Wähler für sich mobilisieren konnte. Er lag hiermit nicht falsch, hatten doch der Krieg und die beginnende Inflation den Lebensstandard dieser Schichten nachhaltig verschlechtert, sodass sie sich sozialdemokratischen Ideen einer Neuordnung der Wirtschaftsordnung öffneten. Nicht ohne Grund verweist er auf den »Bund der technischen Angestellten und Beamten«, der ein Paradebeispiel für die seit 1918 erfolgte Welle der Vergewerkschaftung bei diesen Berufsschichten darstellt. Auch in der Gesamtheit der Sozialwissenschaften, deren Ausbau die SPD fördern sollte, sieht Tönnies eine potenzielle Stütze der Partei. Dies hätte die Partei für Akademiker anziehender machen können. Gleiches gilt für Tönnies' Forderung, sich gegenüber der Bodenreformbewegung zu öffnen, deren Ideen damals in weiten Kreisen des Bildungsbürgertums populär waren. Tönnies rechnete anscheinend damit, dass, wenn die SPD die Bodenreform in ihr Programm aufnehmen würde, hiervon starke Impulse auf das Wählerprofil der Partei ausgehen könnten. Einen starken Motor im Kampf um neue Wählerschichten sah er auch in der Genossenschaftsbewegung, deren wirtschaftspolitische Einflussmöglichkeiten er ebenfalls für überaus vielversprechend hielt. Aus diesem Grund habe sich die Sozialdemokratie noch stärker als zuvor für die Genossenschaftsidee einzusetzen.

Wer Tönnies' Vorschläge zur Programmerneuerung studiert, vermag zu erkennen, dass er zu denjenigen gehörte, die die Sozialdemokratie aufforderten, ihre soziale Basis auszuweiten. Genau deshalb spricht er von einer »Gesamtarbeiterbewegung«.<sup>65</sup> Ganz ähnlich wie das spätere Görlitzer Parteiprogramm macht auch er Ausdehnungsangebote an die Angestellten, Beamten und Akademiker. Dabei sollte auch nicht übersehen werden, dass seine Vorschläge an bestimmten Punkten (vor allem: Sozialisierungsmoratorium, Bodenreform, Überparteilichkeit) über das Görlitzer Programm deutlich hinausgehen. Vielleicht hätten die Kräfte in der SPD, die auf eine Revision des Erfurter Programms drängten, noch entschiedener Vorschläge wie diejenigen von Tönnies aufgreifen sollen, um die So-

65 *Normannus*, Kritisches und Positives, S. 24.

zialdemokratie sozial zu öffnen. Es ist nicht auszuschließen, dass ein solches Manöver eine ganz eigene Dynamik hätte entfalten können. Aber selbst wenn dieser Weg eingeschlagen worden wäre, am Dilemma der Sozialdemokratie hätte das wenig geändert: Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Transformation der SPD zur Volkspartei waren unter den Verhältnissen der Weimarer Republik denkbar schlecht. In der stark fragmentierten politischen Kultur des noch jungen Staats musste die SPD bei jeder Offerte an soziale Gruppen außerhalb des Industriearbeitermilieus mit Absplitterungen der Stammwählerschaft in das kommunistische Lager rechnen.

Doch dieser Schwierigkeiten war sich auch Tönnies bewusst. Nicht zufällig platziert er gegen Ende des Gutachtens das Argument, dass sich die SPD kein besseres Ziel stecken könne als den Aufbau der »Nationalökonomie der Arbeit«<sup>66</sup>, womit er etwas abgewandelt die marxische Formel von der »Ökonomie der Arbeit« aus dem Gründungsdokument der Ersten Internationale von 1864 aufgreift. Im Original geht Marx an dieser Stelle auf die von Robert Owen inspirierte Kooperativbewegung Englands ein, die nach ihm eine Befreiung der Arbeiterklasse bedeuten könnte, sobald die Genossenschaftsidee landesweit und staatlich gefördert wird.<sup>67</sup> Unter Bezug auf Marx wird somit hier die Genossenschaftsbewegung geschickt als sozialistische Offensivkraft ins Spiel gebracht. Überhaupt ist Tönnies durchweg bemüht, seine Ausführungen durch Rückgriffe auf Marx als legitim abzusichern. Stärker als im Görlitzer Programm gelingt es ihm dadurch, seine Gedanken zur Programmerneuerung in eine marxistische Traditionslinie zu rücken. Tönnies weist damit einen Weg, wie man die Programmerneuerung gegen linke Kritik hätte stärker immunisieren können.

Doch auch umgekehrt bestanden aufseiten der Adressaten viele Vorbehalte gegenüber der Sozialdemokratie.<sup>68</sup> Das betraf nicht nur die Landwirte und den gewerblichen Mittelstand, bei denen Sozialisierungsforderungen Existenzängste auslösten<sup>69</sup>, sondern genauso auch die Akademiker, die Tönnies so gern für die Sozialdemokratie gewonnen hätte. Die sogenannten Gebildeten wurden einerseits in der SPD eher reserviert aufgenommen und auch auf der anderen Seite bestanden viele Vorbehalte, die ganz unterschiedlicher Art sein konnten. Die ganze Paradoxie dieses schwierigen Verhältnisses zwischen den Intellektuellen und der Sozialdemokratie spiegelt sich an Tönnies selbst wider. Nicht von ungefähr zog er es vor, seine Gutachtertätigkeit in der Programmdebatte geheim zu halten.

#### Zur Textedition

Der hier vorliegende Text folgt der Veröffentlichung von 1920. Er wird ohne editorische Eingriffe wiedergegeben. Das heißt, Orthografie und Interpunktion sind mit dem Original identisch. Gesperrt Gedrucktes und andere Hervorhebungen werden kursiv dargestellt. Zitate im Text werden, sofern möglich, belegt. Personen, Korporationen, besondere tagespolitische Ereignisse und Begriffe, die im Text genannt werden, sind mit kurzen Anmerkungen versehen worden. Da der gedruckte Text nur in seltenen Fällen vom Manuskript abweicht und dieses ohnehin nur als Fragment vorliegt, wird darauf verzichtet, Abweichungen zwischen beiden Versionen aufzuzeigen.

66 Ebd., S. 23f.

67 Vgl. *Karl Marx*, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, gegründet am 28. September 1864, in: MEW, Bd. 16, Berlin, 1962, S. 5–13, hier: S. 11.

68 Vgl. *Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 449f., und *Peter Lösche/Franz Walter*, Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: AfS 29, 1989, S. 75–136, hier: S. 99–125.

69 Vgl. zur Haltung des gewerblichen Mittelstands *Heinrich August Winkler*, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 70–75.



## DOKUMENT

*Das Programm der Sozialdemokratie. Vorschläge für seine Erneuerung, Berlin 1920, S. 17–24.*

Kritisches und Positives.

Von Normannus.<sup>70</sup>

## I.

1. Der Sieg des Großbetriebes in der Industrie und dem ihr am nächsten verwandten Verkehrswesen darf heute als allgemein anerkannte Tatsache gelten, – wobei zur Industrie auch die Urproduktion des Bergbaues gerechnet wird – wengleich das Uebergewicht in verschiedenen Zweigen der Industrie sehr verschieden stark ist, in einigen bis zur Entfaltung von Riesenbetrieben gesteigert. Im Felde des Kleinhandels ist diese Entwicklung noch langsam und nicht sehr erheblich fortgeschritten, im Landbau und verwandten Produktionsgebieten macht sie sich nur wenig bemerkbar, ungeachtet der offenbaren technischen Vorzüge, die ein großer Umfang des Betriebes besonders für den Getreidebau – kaum für die Viehzucht – für sich geltend machen kann: durch Ersparnisse an Gebäuden, an Licht und Heizung, nicht zum wenigsten an Arbeitskräften, besonders aber durch ausgedehntere Anwendung von Maschinerie, wovon die zuletzt genannte Ersparnis wiederum eine Folge. Allgemein aber gilt: daß – auch in der bäuerlichen Wirtschaft – das in einer großen (geeigneten oder geliebten) Geldsumme sich darstellende Kapital – Grundkapital und Betriebskapital – immer mehr der landwirtschaftlich entscheidende Faktor wird, wie er es industriewirtschaftlich längst geworden ist. Die kapitalistische Produktionsweise hat auch die größere und mittlere Bauernwirtschaft ergriffen, ja, sobald es um Sonderkulturen, wie Gartenbau, Weinbau, Tabakbau sich handelt, auch solche mit viel kleinerem Areal. Die Intensität des Anbaues ist es, die vermehrte Arbeit, vermehrte Düngung, verbesserte Instrumente und Anwendung von Maschinen erfordert, also von dem Unternehmer, wenn er, (wie hier schlechthin die Regel) zugleich der Leiter des Betriebes ist, Intelligenz und Sachkunde, aber auch wenn es nicht, *Kapital* erheischt. Der Unternehmer hat hier zwar nicht normaler Weise den Drang zu unbegrenzter Vermehrung seiner Produktion – schon darum nicht, weil die Grundrente mit Vermehrung und Verdichtung der Bevölkerung, Ausdehnung der Industrie wächst, d. h. der Boden immer teurer wird, und weil er das Gesetz des relativ abnehmenden Bodenertrages fühlt, wenn nicht erkennt – wohl aber den Antrieb zu zweckmäßiger Steigerung seiner Warenproduktion und zur Ausdehnung seines Absatzes, Erweiterung seines Marktes.

2. Gleichwohl ist heute das Uebergewicht des Großbetriebes in der Industrie darum die große, entscheidende Tatsache, weil – in Deutschland so ausgesprochen wie sonst nur auf noch viel größerer Stufenleiter in Großbritannien – die große Industrie und der längst vor ihr emporgestiegene Handel (einschließlich des Geldhandels) die maßgebenden Faktoren der gesamten Volkswirtschaft geworden sind. Auffallend ist nicht mehr Tempo und Umfang dieses Fortschritts, sondern der Umfang, worin trotz dessen mittlere und sogar kleine Betriebe der Industrie – besonders in kleinen Städten und Dörfern – noch überleben, zu einem nicht geringen Teil sogar gedeihen.

3. Die gesamte Entwicklung hat durch den Weltkrieg und in Deutschland – einschließlich des deutschen Oesterreichs – durch die Revolution eine schwere Unterbrechung erlitten.<sup>71</sup>

<sup>70</sup> Hier folgt im Original eine Fußnote: »Diese gutachtliche Aueßerung rührt von einem unserer bedeutendsten Soziologen her, der stets ein warmer Freund der Arbeiterbewegung war, aber sich dem politischen Parteileben ferngehalten hat und auch jetzt, schon wegen vorgerückter Jahre, ihm fernzubleiben vorzieht«.

<sup>71</sup> Gemeint ist die deutsche Revolution 1918/19. Mit der Formulierung »einschließlich des deutschen Oesterreichs« spielt Tönnies auf die nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie am 12.

Der kapitalistische Grundcharakter der Volkswirtschaft hat im Handel (großem und kleinem) und in manchen Industrien verheerend gewirkt und durch die Kriegsgewinne allgemeinen Unwillen und sittliche Entrüstung, wie in früheren ähnlichen Katastrophen, auf sich gezogen, während viele mittlere und sogar große Betriebe ins Stocken geraten sind und durch den in allen Ländern zutage tretenden Mangel an Rohstoffen, in Deutschland überdies durch eine ungeheuerliche Entwertung des Geldes, die nur zeitweilig und stoßweise den Exportindustrien zugute kommen kann, ihren Bestand gefährdet oder wenigstens schwer beschädigt sehen.

4. Die Arbeiterklasse hatte, insbesondere die industrielle, in ihrem Verhältnis zum Kapital wie zum Staat, in welchem Grundeigentum, zumal das große, und Kapital bislang die maßgebenden Faktoren waren, in Deutschland während der letzten sieben Jahrzehnte vor dem Weltkrieg einen sehr bedeutenden Entwicklungsprozeß erlebt. Sie hatte ihre Zahl außerordentlich vermehrt, zugleich aber aus den geringsten Anfängen ihre Organisation zu einem ökonomischen und politischen Machtfaktor ausgebildet und gesteigert. Unter dem Einfluß der gesamten überlieferten Bildung, der naturwissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Erkenntnis, ganz besonders aber unter dem Einfluß der Marxistischen Lehren, ist sie in einer bedeutenden Zahl von Häuptern, die teils aus ihr selber hervorgegangen, teils von anderer Herkunft sich in ihren Dienst gestellt hatten, zum Bewußtsein ihrer großen historischen Rolle und Aufgabe emporgewachsen, die darin besteht, die kapitalistische Produktionsweise allmählich, in organischem Fortschritt, durch die sozialistische Produktionsweise zu ersetzen. Die Erfüllung dieser Aufgabe hat durch die Zerrüttung der gesamten Volkswirtschaft, wie der staatlichen und Reichsfinanzen, eine äußerst schwere Hemmung erfahren. Allerdings bedeuten diese Zerrüttungen auch einen Zusammenbruch der kapitalistischen Formen und Ideen, deren unerhörte Steigerung im weltwirtschaftlichen Wettbewerb und im imperialistischen Expansionsdrang dieses Zusammenprallens der großen Mächte herbeigeführt hat; aber es wäre durchaus unrichtig, daraus zu folgern, daß der Kapitalismus nunmehr an seinem Ende angelangt sei, und der Sozialismus den erledigten Thron besteigen könne. Das reinste Ergebnis der Katastrophe ist der vollendete Sieg des britischen Weltreichs und der eigenen Tochter dieses Reiches, seiner nun gefährlichsten Rivalin, der nordamerikanischen Union, die ihren wirtschaftlich-politischen Einfluß auf Pan-Amerika ausdehnt. Beide aber zusammen sind der verkörperte Kapitalismus; in beiden ist die sozialistische Gegenströmung schwach, wenn auch in Großbritannien selber und in einigen seiner Nebenländer (Australien und Neuseeland) viel stärker als in dem eigentlichen Zukunftslande, den Vereinigten Staaten. Allerdings haben diese mächtigen Volksgebiete mehr oder wenig ausgesprochene demokratische Staatsverfassungen und innerhalb ihrer erstarkte Arbeiterbewegungen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Charakters.

5. Es entspricht der realistischen Ansicht des sozialen Lebens – die mit der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung zusammentrifft –, daß für den Fortschritt der Entwicklung nicht die sozialistische Ideologie – die in den nicht wissenschaftlich vorgebildeten Köpfen notwendig utopische Gestalt annimmt –, sondern die Gewinnung wirtschaftlicher Macht entscheidend ist, die auch der politischen Macht allein eine sichere Grundlage zu geben vermag. So betrachtet, ist auch in jenen Landen des ungebrochenen Hochkapitalismus die Umwandlung der Gesellschaftsordnung um so wahrscheinlicher und wird um so rascher sich vollziehen, je mehr die gewerkschaftliche und die genossenschaft-

---

November 1918 entstandene Republik Deutschösterreich an. Entsprechend den Vorgaben des Vertrags von Saint-Germain wurde am 21. Oktober 1919 der Name des neuen Staats in »Republik Österreich« geändert. Artikel 88 des Vertrags verbot dem neuen Staat, sich Deutschland anzugliedern, womit der österreichischen Anschlusspolitik ein Riegel vorgeschoben wurde. Vgl. *Ernst Hanisch*, *Österreichische Geschichte 1890–1990. Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 1994, S. 263–274.

liche Organisation der Arbeiterklasse erstarkt und je mehr von beiden aus und zugleich von der theoretischen Erkenntnis aus, die ihrem Wesen nach nicht durch Klassenzugehörigkeit bedingt ist, die Gedanken der *sozialen Reform*, d.h. der Bekämpfung und Beschränkung des Kapitalismus, in der öffentlichen Meinung und durch sie in der Gesetzgebung Raum gewinnen.

## II.

1. Wenn das Deutsche Reich seinen Rang als Macht der Großindustrie und des Großhandels, wodurch es mit England in Wettbewerb getreten war, nicht zu behaupten vermocht hat, so kann ihm doch die Führung in der Erkenntnis des sozialen Lebens und seiner Gesetzmäßigkeit nicht genommen und nicht bestritten werden, wodurch die klassische deutsche Philosophie vorangeleuchtet hat und in ihrem Gefolge das vielgestaltete sozialistische Denken, das in Karl Marx seinen Meister fand, den tiefsten Einfluß im Sinne einer umwälzenden Sozialpolitik gewann, die keine *prinzipiellen* Schranken, wie vor ihr die britische Fabrikgesetzgebung, zugunsten einer wesentlich beharrenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung mehr anerkennt.

2. Marx sah allerdings, und mit Recht, in dieser Fabrikgesetzgebung des damals in so gewaltigem Vorsprung entwickelten Industriestaats, den Vorläufer und das Vorbild eines Umwälzungsprozesses, den er schon im Jahre 1867 »mit Händen greifbar«<sup>72</sup> nannte. Wenn er, in derselben Vorrede, mit einer seiner plastischen Redewendungen ausspricht, »daß die jetzige Gesellschaft kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozesse der Umwandlung begriffener Organismus ist«<sup>73</sup>, so ist das eine Wahrheit von großer Tragweite; in ihr ist die Erkenntnis eingeschlossen, daß auch eine erfolgreiche politische Revolution das eigentliche Leben dieses Organismus nicht anders zu beeinflussen vermag, als daß sie die beständige Umwandlung beschleunigen oder verlangsamen wird; daß aber die Beschleunigung des Prozesses in einem schwerkranken Organismus an die Heilkunst des Doktor Eisenbart erinnert<sup>74</sup>, der das Fieber als Gesundungsprozeß erkannt hatte und daraus folgerte, daß die Temperatur des Körpers erhöht anstatt gedämpft werden müsse. Marx sagt ferner an der gleichen bedeutungsvollen Stelle: Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen sei<sup>75</sup>, könne sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren; aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.<sup>76</sup> Wiederum ein treffliches, nicht genug zu beherzigendes Wort! Ist wirklich heute schon eine Gesellschaft in ihrer Gesamtheit dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen? Wenn irgendeine Gesellschaft, irgendein

72 Tönnies gibt hier eine Stelle von Marx aus dem Vorwort zur ersten Auflage des Kapitals (1867) wieder. *Karl Marx*, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, Buch 1: Der Produktionsprozeß des Kapitals, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1962, S. 15.

73 Ebd., S. 16.

74 Johann Andreas Eisenbarth (1663–1727), umherziehender Chirurg und Heilkünstler, in Preußen durch Friedrich Wilhelm I. zum Hofrat und Hof-Augenarzt ernannt, volkstümlich bekannt geworden durch das Lied vom Doktor Eisenbart (um 1800). Wie im Volksmund üblich, verweist Tönnies auf Eisenbart als Sinnbild des Quacksalbers. Vgl. *Karl Brethauer*, Dr. Johann Andreas Eisenbart. Ein kurzer Lebensabriß mit Reproduktionen historischer Bilder, Hann. Münden 1977.

75 »Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen«: Beginn des im Tönnies-Nachlass befindlichen Fragments: Anmerkungen zu Parteiprogrammen, Bl. 5 (wie Anm. 2).

76 Tönnies zitiert hier abweichend und mit einer Auslassung *Marx*, Das Kapital, Bd. 1, S. 15f. Die Stelle im Original wie folgt: »Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist – und es ist der letzte Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen –, kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern«.

Volk, so wäre es das deutsche – und doch weiß jeder Beobachter, daß es auch bei uns noch äußerst schwach um diese Erkenntnis bestellt ist. Es ist aber bedeutungsvoll, daß der Denker hier von der Einsicht als der wesentlichen Bedingung spricht, während sonst des öfteren die Erringung politischer Macht oder *der* politischen Macht durch das Proletariat als einzige Voraussetzung hingestellt wird.<sup>77</sup> Auch denkt jene Stelle keineswegs hauptsächlich an das Proletariat im engeren Sinne; sie spricht von den jetzt herrschenden Klassen, denen »von höheren Motiven abgesehen« ihr eigenstes Interesse die Wegräumung aller gesetzlich kontrollierbaren Hindernisse gebiete, welche die Entwicklung der Arbeiterklasse hemmen.<sup>78</sup>

3. In Deutschland scheinen diese Hindernisse jetzt gefallen zu sein. Die schweren Hemmungen liegen nunmehr nicht dort, sie liegen in der Gesamtlage unseres Landes und Reiches. Wir sind gleich einem Volke, das auf einer schmalen Insel eine prächtige Stadt gebaut hatte; es waren üppige Paläste in der Stadt, nicht wenige stattliche Häuser, manche bescheiden und wohnlich, viele armselige Hütten – die Stadt ist abgebrannt; zwar sind Häuser jeder Art unversehrt geblieben, aber manche Bewohner, sogar ehemalige Bewohner von Palästen, haben kein tägliches Brot und können kaum ihre Blöße decken. Mehr als die Hälfte der Einwohner, besonders Frauen, Kinder, Greise irren umher und wissen nicht, wo sie ihr Haupt hinlegen sollen. Alle sehen und wollen, daß die Stadt wieder aufgebaut werde – lieber in ihrem früheren mangelhaften Zustande als gar nicht. Vor allem gilt es, Obdach und Brot zu schaffen. Obdach – aber es fehlt an Baumaterialien. Man muß sich genügen lassen, Zelte zu errichten gleich den Nomaden.

4. Niemals darf eine Schar oder Partei, die ein hohes Ziel verfolgt, die sich anheischig macht, eine schönere und bessere Stadt wieder aufzubauen, der nächsten und dringenden Aufgabe vergessen, auch dann nicht, wenn um dieser willen scheinbar die Pläne beiseite gelegt werden, das Ziel vertagt wird, wenn mit denen zusammengearbeitet werden muß, die von diesem Ziel nichts wissen wollen, und etwa nur an Wiedererrichtung ihrer ehemaligen Paläste und stattlichen Häuser denken.

5. Darum muß im Programm heute das Aufschlagen von Zelten und von Stätten des Notobdachs an der Spitze stehen –, Dinge, die keine Parteiangelegenheiten, weil nicht Angelegenheiten einer Klasse sind, sondern gemeinsame Lebensfragen, Fragen des nackten Daseins für ein gesamtes in tiefem Elend darniederliegendes Volk. Dazu gehört eine gemeinsame Opferwilligkeit, die von allen Volksgenossen, allen Klassen und Schichten gefordert werden muß, ein bewußter Verzicht auf das Ueberflüssige, bewußte Mitwirkung dazu, daß die *Produktion*, als Angelegenheit des ganzen Volkes, so bestimmt und gelenkt werde, daß sie:

a) für alle Volksgenossen die notwendigen Lebensbedürfnisse befriedige – darum neben der Bedarfsdeckung an Nahrungsmitteln und Ackerbau und Viehzucht die Herstellung anständiger und gesunder *Wohnungen* ins Auge fasse; insbesondere ist dafür die Ausführung des Heimstättengesetzes zugunsten von Kriegsteilnehmern unerlässlich geboten<sup>79</sup>, zu-

77 Vgl. zum Beispiel *Karl Marx*, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, Berlin 1962, S. 11–32, hier: S. 28.

78 Das Ende des Absatzes ist ein fast wortwörtliches Zitat aus dem bereits erwähnten Vorwort zur ersten Auflage des Kapitals. »Von höheren Motiven abgesehen, gebietet also den jetzt herrschenden Klassen ihr eigenstes Interesse die Wegräumung aller gesetzlich kontrollierbaren Hindernisse, welche die Entwicklung der Arbeiterklasse hemmen«. *Marx*, Das Kapital, Bd. 1, S. 15.

79 Hierbei handelt es sich um das am 10. Mai 1920 von der Nationalversammlung verabschiedete Reichsheimstättengesetz (RHStG) – eine sozialpolitisch motivierte Wohnungsbauförderung, die Kriegsteilnehmern, Hinterbliebenen und kinderreichen Familien den Erwerb von Grund und Boden ermöglichen sollte. Die Rechte an dem zu günstigen Konditionen erworbenen Eigentum waren im Gegenzug durch vielerlei Bestimmungen beschränkt. Neben der Wohnheimstätte

mal soweit es gilt, Kriegsbeschädigte, Arbeitsunfähige zu befriedigen, vor dem Untergange zu beschützen.

b) Die Produktion soll für alle Volksgenossen auch die notwendigen Geistesbedürfnisse decken – das ist: Erziehung, Unterricht, Bildung erhalten, beschaffen, fördern. Also nächst Wohnhäusern und Wohnungen, die auch geistigen, sittlichen Notwendigkeiten und Anforderungen gerecht werden, Schulhäuser! Nächst Schulhäusern Volkshochschulen<sup>80</sup>, Büchereien, Gebäude für die Volkshochschulen!<sup>81</sup> Nächst Volksschulen und ihrem Ausbau sind die höheren Schulen, die Bedürfnisse der Wissenschaften und Künste ihrem Wesen nach – wenn auch keineswegs in beliebigen Einzelheiten – als allgemeine Volkssache anzuerkennen und zu pflegen.

c) Die Produktion soll für Kranke, Verunglückte, Invalide und Greise, wie für Erwerbslose und für Witwen und Waisen nach wie vor besondere Sorge tragen – die Vereinigung der gesamten Sozialversicherung in eine Reichs-Notversicherung in Absicht zu nehmen! Der Bau von Krankenhäusern und Pflegeanstalten jeder Art, auch für Verbrecher und andere Straf- oder Untersuchungsgefangene, für Vagabunden, für verwahrloste Kinder gehört zu den notwendigen unerläßlichen Volksbedürfnissen; aber die *Sozialpolitik* muß zugleich unablässig darauf bedacht sein und ernster, als es bisher geschehen, dafür wirken, daß alle diese Kategorien der Pathologie des Volkslebens vermindert werden, daß dem Verbrechen, der Vagabondage, der Verwahrlosung von Kindern, der Prostitution vorgebeugt, daß diese sozialen wie die physischen Volksseuchen verhütet werden. Darum ist auch der Produktion als einer ihrer Zwecke zu setzen, der Herstellung von Geräten und Werkzeugen, von Mitteln der Verführung und Ansteckung, von *Schundliteratur*<sup>82</sup>, um nur ein berüchtigtes Mittel dieser Art zu nennen, *nicht* zu dienen, vielmehr außer der Volkserziehung auch alle anderen Mittel zu fördern, die der Bekämpfung und Milderung solcher Uebel als der Schandflecke und fressenden Krebsgeschwüre der Kultur zu dienen geeignet sind. Die Bekämpfung des Alkoholismus und seine kapitalistisch interessierte Begünstigung gehört durchaus in dieses Gebiet.

d) Und so muß in jeder Hinsicht die Produktion wirklicher *Güter* verlangt, die Produktion von Schund aller Art, von Gegenständen individuell und gemeinschädlicher Genüsse,

---

(Einfamilienhaus mit Nutzgarten) wurde auch die Errichtung von Wirtschaftsheimstätten (Anwesen zur Bewirtschaftung durch eine Familie) durch das RHStG geregelt. Vgl. *Ronald Kunze*, Wohnen mit sozialer Bindung. Aufstieg und Niedergang des Reichsheimstättenrechtes, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1993, H. 2, S. 24–29.

80 Tönnies meint hiermit die seit Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland entstandenen Volksbibliotheken (auch Lesehallen genannt). Neben Vereinen wie der »Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung« tat sich bei der Errichtung von Lesehallen auch die von Tönnies mitbegründete »Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur« hervor. Vgl. zur ethischen Bewegung *Köhnke*, »Ethische Kultur«, Neuer Kurs und Sozialdemokratie, S. 283–300.

81 Mit dem Ziel, die breiten Volksmassen zu bilden, erlebte die Errichtung von Volkshochschulen unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg einen Höhepunkt. Die Förderung der Volkshochschulen war durch Art. 148 der Weimarer Reichsverfassung verfassungsrechtlich verankert worden. Vgl. *Josef Olbrich*, Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, Opladen 2001, S. 148–180.

82 Zeitgenössischer Begriff, der kurz nach der Jahrhundertwende auftauchte und durch Autoren wie Ernst Schultze geprägt wurde. Vgl. *ders.*, Die Schundliteratur, ihr Vordringen, ihre Folgen, ihre Bekämpfung, Halle 1909. Der Kampf gegen die sogenannte Schundliteratur hatte im deutschen Kaiserreich begonnen und erlebte während des Ersten Weltkriegs einen Höhepunkt. Er richtete sich vor allem gegen populäre Liebes-, Abenteuer- und Verbrecherromane, die bei der Jugend beliebt waren. Die Schundbewegung wurde durch eine Vielzahl von Vereinen und Initiativen getragen, deren Anhänger hauptsächlich aus den gebildeten Mittelschichten kamen. Vgl. *Kaspar Maase*, Die soziale Bewegung gegen Schundliteratur im deutschen Kaiserreich. Ein Kapitel aus der Geschichte der Volkserziehung, in: Internationales Archiv der deutschen Literatur 27, 2002, S. 45–123.



von sinnloser Schwelgerei und Ueppigkeit, von Müßiggang und Vergnügungssucht nach Möglichkeit gehemmt und unterbunden werden. Ueber die Ausdehnung dieser Produktionen im Verhältnis zur Gesamtarbeit eines Volkes herrschen freilich sehr übertriebene Vorstellungen. Auch ist die *Möglichkeit*, innerhalb des Rahmens der, jedenfalls erst im Laufe von Menschenaltern zum Abbruch reif werdenden, kapitalistischen Produktion in diesem Sinne auf sie zu wirken, durchaus beschränkt. Aber die gegenwärtige Notlage macht die Forderung auch für große Mengen solcher Volksgenossen verstehbar und sympathisch, die sonst solchen Eingriffen nicht geneigt waren oder gänzlich verständnislos gegenüberstanden. In jeder Hinsicht kommt es darauf an, den Punkt der Reife an den Dingen zu kennen, ehe man mit Sozialisierungen irgendwelcher Art vorgeht. Der Schiffbruch, den die gemeindliche Zwangswirtschaft, so sehr sie während des Krieges und darüber hinaus dringend geboten war, ohne Zweifel in der öffentlichen Meinung gelitten hat, gibt auch in dieser Hinsicht zu denken.

e) Unabweisbar ist aber, daß der Austausch mit dem Auslande vernünftiger geregelt werde, d. h. daß so sehr als möglich wirklich Unnötiges gegen wirklich Notwendiges ausgetauscht werden soll und auch die *Produktion* von Ausfuhrsgütern danach gerichtet werde. Solche Ziele werden leicht als unerfüllbar dargestellt; aber wenn sie es sind, so folgt daraus nicht, daß kein Streben danach, kein Fortschritt in dieser Richtung möglich wäre. Der Grundgedanke der Planwirtschaft ist notgeboren. *Videant consules* – der Reichswirtschaftsrat ist mindestens so sehr für diese Beratung in Anspruch zu nehmen wie der Reichstag – und die eine wie die andere Versammlung bedarf des führenden, leitenden, ermutigenden *Geistes*!<sup>83</sup>

### III.

1. Im Erfurter Programm heißt es, die gesellschaftliche Umwandlung – die vorher beschrieben ist als Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums von Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum usw.<sup>84</sup> – könne nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen [...] auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.<sup>85</sup>

2. Ob dieser Satz, in dieser Form ausgesagt, jemals richtig war, kann man mit Grund bezweifeln. Heute gilt er nicht mehr. Zum mindesten müßte die Arbeiterklasse ausdrücklich so verstanden werden, wie sie in der Urkunde offenbar nicht verstanden wird, nämlich als die geistigen Arbeiter, soweit sie nicht *in erster Linie* Kapitalisten oder sonst unmittelbar an Kapitalgewinn oder Rente beteiligt sind, mitumfassend. Die Großzahl derer, die eine gelehrte Vorbildung genießen, also die besonders als »die Gebildeten« verstanden zu werden pflegen, also technische oder kaufmännische Angestellte, mittlere und nicht wenige höhere Beamte (die unteren werden wohl eher in die Arbeiterklasse hineingerechnet) fühlen dies, wenn sie es auch noch nicht wissen. Zeugnis dafür gibt u. a. der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der seinen ersten ordentlichen Bundestag am 13. bis

83 »Videant consules, ne quid res publica detrimenti capiat«, in deutscher Übersetzung so viel wie: »Mögen die Konsuln zusehen, dass der Staat keinen Schaden erleidet«. Tönnies spielt hiermit auf das Staatsnotstandsverfahren in der späten Römischen Republik an. Dessen Ablauf sah vor, dass der Senat per letztem ordentlichen Beschluss alle Beamte und voran die Konsuln zur Rettung der Republik bevollmächtigte. Vgl. *Jochen Bleicken*, Die Verfassung der Römischen Republik. Grundlagen und Entwicklung, 8. Aufl., Paderborn 2008, S. 113ff.

84 Vgl. Erfurter Programm der SPD, in: *Dowe/Klotzbach*, Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 171–175, hier: S. 172f.

85 Ebd., S. 173, dort etwas abweichend: »Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben«.

15. Juni d.J. in Berlin abgehalten hat und unumwunden die Solidarität aller »vom Ertrag ihrer Arbeitskraft Lebenden« verkündet, indem er zugleich für die »verfassungsmäßige Umbildung der heutigen rein (?) privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine von dem Grundsatz der Bedarfsdeckung getragene vergesellschaftete Wirtschaft« sich ausgesprochen hat.<sup>86</sup> Ein ebenso bedeutsames »Zeichen der Zeit« ist die wachsende Teilnahme in allen Schichten für die *Bodenreform* – auch wer in ihr kein Allheilmittel anerkennen will, kann doch nicht leugnen, daß sie ihrem Wesen nach – wie vorsichtig auch die Taktik ihrer Führer sich bewähren möge – gegen den Bezug der Grundrente durch beliebige Private gerichtet ist und besonders – zunächst – deren unverdientes Wachstum dem gemeinen Nutzen dienstbar zu machen sich vorgesetzt hat.<sup>87</sup> Die sozialdemokratische Partei hätte wahrlich zureichenden Grund, die Bodenreform in ihr Programm aufzunehmen, was nicht heißen würde, daß sie sich damit identifizieren sollte – jeder anderen Partei stünde ja frei, ebenfalls sich zu diesem Ziele zu bekennen –, was aber heißen würde, daß sie in der Bodenreform einen der gangbaren Wege zu allgemeiner und gründlicher sozialer Reform erkennt, was er – mit anderen Wegen – wirklich ist.

3. Ein anderer solcher gangbarer Weg, der sich verbreitern und verlängern läßt in weite Fernen, ist das *Genossenschaftswesen* in seinem Aufbau vom einfachen örtlichen Konsumverein zum genossenschaftlichen Eigenbetriebe der Großeinkaufsgesellschaften, das, wenn ihm mehr Luft und Licht als bisher zuteil wird, einer großen Entwicklung entgegengeht. Wenn es unter äußerem Zwang verdorren würde, so kann es doch für eine sittliche Pflicht jedes Sozialisten und Sozialreformers erklärt werden, an dieser Entwicklung mitzuarbeiten und besonders das in Arbeiterkreisen wie in anderen Volksschichten noch sehr geringe Verständnis dafür auszubreiten und zu heben. Das Genossenschaftswesen ist mehr als jede andere Neuerung geeignet und berufen, die unerläßliche *materielle* Basis für politischen Einfluß und gesetzgeberische Tätigkeit im Sinne der sozialen Umgestaltung der Volks- und Weltwirtschaft zu schaffen.<sup>88</sup>

86 Bundestag der technischen Angestellten und Beamten, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände 2, 1920, Nr. 7, S. 40–41, hier: S. 41. Die Zitate sind einer angenommenen EntschlieÙung des Bundestags (»Organisation und Programm der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterbewegung«) entnommen. Das in runde Klammern gesetzte Fragezeichen ist von Tönnies. Für den gesamten Wortlaut der EntschlieÙung vgl. Bericht über den ersten ordentlichen Bundestag am 13., 14. und 15. Juni 1920 in Berlin (Schriften des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, H. 7), Berlin 1920, S. 135f.

87 Die sozialpolitisch motivierte Idee der Bodenreform erlebte nach dem Ersten Weltkrieg großes öffentliches Interesse. Federführende Organisation zur Verbreitung der Bodenreformidee war der seit 1888 bestehende »Bund deutscher Bodenreformer«. Ihr Sprecher, der von Tönnies geschätzte Adolf Damaschke (1865–1935), forderte in den ersten Jahren der Weimarer Republik eine Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, Wertzuwachssteuern, ein erweitertes kommunales Enteignungsrecht und verschiedene andere Instrumente, die der Bodenspekulation Einhalt gebieten sollten. Auch das RHStG war auf Anregung der Bodenreformer entstanden. Vgl. *Elisabeth Meyer-Renschhausen/Hartwig Berger*, Bodenreform, in: *Diethart Krebs/Jürgen Reulecke* (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880–1933*, Wuppertal 1998, S. 265–276. Zu Tönnies Engagement für die Bodenreformidee vgl. besonders den Aufsatz, der im offiziellen Organ des Bundes der deutschen Bodenreformer erschien: *Ferdinand Tönnies*, Ethik und Bodenreform, in: *Jahrbuch der Bodenreform*, Vierteljahrshäfte 15, 1919, S. 193–216.

88 Tönnies hat hier vor allem die dem sozialdemokratisch-freigewerkschaftlichen Lager zugehörige Genossenschaftsbewegung vor Augen, für die er sich (insbesondere für die Konsumvereine) in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zu interessieren begonnen hatte. Dies spiegelt sich in einem Zusatz zur zweiten Auflage seines Hauptwerks »Gemeinschaft und Gesellschaft« (1912) wider, der sich mit den Genossenschaften beschäftigt: »Die Rechtsform dieser Genossenschaften ist durch den Grundsatz der beschränkten Haftung dem Rechte der Aktiengesellschaft nachgebildet. Es läßt sich gleichwohl erkennen, daß dadurch in einer Gestalt, die den gesellschaftli-

4. Marx bezeichnete vor 56 Jahren – sagen wir vor zwei Menschenaltern – den gesetzlichen Zehnstundentag als einen großen Sieg der politischen Oekonomie der Arbeit über die politische Oekonomie des Kapitals.<sup>89</sup> Wir haben in Deutschland heute den gesetzlichen *Achtstundentag*, freilich eingeführt wie die große Staatsveränderung, in deren Gefolge er stand, unter Umständen, die das Licht der Neuerung stark verdunkeln.<sup>90</sup> Gleichwohl, und selbst wenn es im Sinne der Gemeinwirtschaft notwendig werden sollte, in manchen Sphären der Produktion und des Verkehrs den Arbeitstag vorübergehend zeitweilig wieder um eine Stunde länger werden zu lassen –, es bleibt eine Errungenschaft von unermeßlicher Bedeutung. »Ein noch größerer Sieg« – sagte damals der Verfasser der Inauguraladresse, die als ein Manifest an die arbeitenden Klassen Europas sich vorstellte –, »ein noch größerer Sieg der politischen Oekonomie der Arbeit über die politische Oekonomie des Kapitals stand bevor. Wir sprechen von der Kooperativbewegung, namentlich den Kooperativfabriken, dem Werk weniger kühner Hände. Der Wert dieser großen sozialen Experimente kann nicht überschätzt werden. Durch die Tat statt durch Argumente beweisen sie, daß Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von Masters, die eine Klasse von Händen verwendet, daß, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeutung gegen die Arbeiter selbst, und daß, wie Sklavenarbeit und Leibeigenschaft, so Lohnarbeit nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt, zu verschwinden vor der assoziierten Arbeit, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Fleiß und fröhlichen Herzens verrichtet.«<sup>91</sup>

5. Die sozialdemokratische Partei muß und will ihr Programm auf ihr Ideal und auf ihre unmittelbare Zukunftsaufgabe einrichten. Das Ideal steht ihr fest – das »Endziel«. Es liegt nicht in den Wolken, sondern auf dieser höchst mangelhaften Erde, mitten unter Menschen, die auch in einer besseren Gesellschaftsordnung mehr oder minder eigennützig, habgierig, genußsüchtig bleiben werden; auch mehr oder weniger rechthaberisch, streitsüchtig, eigensinnig; unter denen es viele erblich Belastete, sonderbare Schwärmer immer geben wird, Narren und Bösewichte. Das Ideal verliert durch die Einsicht, daß aus diesen und vielen anderen Umständen auch im günstigsten Falle mannigfache Widerstände und Reibungen sich ergeben müssen, nicht an Wert; aber Lebensweisheit, die nach einem Ideale strebt, verliert diese Schwierigkeiten niemals aus den Augen. Einfältige achten sol-

---

chen Lebensbedingungen angepaßt ist, ein Prinzip der Gemeinschaftsökonomie neues Leben gewinnt, das einer höchst bedeutenden Entwicklung fähig ist«. *Tönnies*, *Gemeinschaft und Gesellschaft*, S. 203. Bis zur gewaltsamen Gleichschaltung der Genossenschaftsbewegung durch die NSDAP sollte Tönnies ein entschiedener Fürsprecher der sogenannten dritten Säule der Arbeiterbewegung bleiben. Vgl. hierzu seine zahlreichen Artikel in der »Konsumgenossenschaftlichen Rundschau«, dem Organ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zwischen 1913 und 1932. Zur Geschichte der Genossenschaftsbewegung vgl. *Klaus Novy/Michael Prinz*, *Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945*, Berlin/Bonn 1985.

89 Vgl. *Marx*, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, S. 11, dort abweichend: »Die Zehnstundenbill war daher nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse«.

90 Der Achtstundentag, die für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wohl wichtigste sozialpolitische Errungenschaft der Revolution, wurde durch das Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen im November 1918 eingeführt. Vgl. hierzu *Klaus Schönhoven*, *Wegbereiter der sozialen Demokratie? Zur Bedeutung des Stinnes-Legien-Abkommens vom 15. November 1918*, in: *Karl Christian Führer/Jürgen Mittag/Axel Schildt* u. a. (Hrsg.), *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920*, Essen 2013, S. 61–79.

91 *Marx*, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, S. 11f.

cher Schwierigkeiten nicht; sie wännen, daß ihnen nur obliege, solche und solche Beschlüsse zu fassen, und das Endziel ist erreicht. Sie rechnen nicht mit der Natur der Dinge und nicht mit der Natur der Menschen.

6. Als unmittelbare Zukunftsaufgabe kann die Partei kein besseres Ziel sich stecken, als fernerhin die Nationalökonomie der Arbeit in ihrem notwendigen Feldzuge gegen die Nationalökonomie des Gewinns und der Grundrente zu führen.<sup>92</sup> Theoretisch sie auszubauen, praktisch sie anzuwenden. Die theoretische Aufgabe ist nicht unmittelbar die ihre, sondern die der Wissenschaft, sie kann aber die Wissenschaft in dieser wie in jeder anderen Hinsicht befördern. Sogar hat sie alle Ursache, die Gesamtheit der Sozialwissenschaften, von der philosophischen Soziologie bis zur mühsamen statistischen Beobachtung, Forschung und Rechnung, ebenso sich angelegen sein zu lassen, wie sich die Bürgerklasse, und an ihrer Spitze einst die Fürsten, soweit sie Einsicht ihres wohlverstandenen Interesses besaßen, die Förderung der reinen und angewandten, der beobachtenden und der experimentellen Naturwissenschaften hat angelegen sein lassen. Beide Arten der Wissenschaft sind für das ganze Volk, für die Menschheit, bedeutungsvoll; aber, während die Bedeutung und der Wert der Naturwissenschaften, die zu einer Zeit, die nur um wenige Jahrhunderte von uns getrennt ist, noch als Werk des Gottseibeius galten, unangefochten feststeht, so ist die Mission der Sozialwissenschaften bisher nur in wenigen und engen Kreisen erkannt. Der Sozialismus und die Vorkämpfer der sozialen Reform haben ihnen mächtige Anstöße gegeben, haben sich unbestreitbare, wenn auch nicht unbestrittene Verdienste darum erworben. Sie wissen, daß sie der Erkenntnis und der Ausbreitung der Einsicht für die Lösung ihrer Probleme in erster Linie bedürfen. Denn die unmittelbare Aufgabe einer Partei, die an der Verwirklichung des Sozialismus arbeiten will, und die da weiß, daß diese durch fehlerhafte Maßregeln, übereilte Gesetzgebung, stürmisch-leidenschaftlichen Umsturz bestehender Einrichtungen mehr gefährdet als gefördert würde, ist die praktische Anwendung der Nationalökonomie der Arbeit. Theorie und Praxis haben auf diesem wie auf jedem Gebiete miteinander gemein, daß sie Urteil und darauf beruhendes (»kritisches«) Verfahren in Anspruch nehmen, darum Vorsicht und Umsicht, Besonnenheit und Folgerichtigkeit verlangen, und im richtigen Augenblick Entschlossenheit und Tatkraft.

Die Forderungen, die den zweiten Teil des »Erfurter Programms« bildeten, sind heute teils erfüllt, teils veraltet, teils verstehen sie sich von selbst durch die gegenwärtig in Deutschland geltende Verfassung. In bezug auf soziale *Reform* enthalten sie vorzugsweise Forderungen des Arbeiterschutzes, die Arbeiterversicherung wird nur zum Schlusse erwähnt; Sicherstellung des Koalitionsrechts wird verlangt, Bodenreform und Genossenschaftswesen wurden gar nicht erwähnt.<sup>93</sup>

Heute gilt es, auf diese beiden, im besten Sinne populären Forderungen alle Kräfte einer Gesamtarbeiterbewegung, einer Partei, die »moralische Eroberungen«<sup>94</sup>, besonders auch in den Kreisen der geistigen Arbeit, zu machen gesonnen, und darauf als eine Lebensnotwendigkeit angewiesen ist, zu versammeln.

92 Erneute Anspielung auf die Inauguraladresse, vgl. ebd.

93 Vgl. Erfurter Programm der SPD, S. 174f.

94 Tönnies führt hier die bekannte Stelle aus dem Ende der Regierungsrede des Prinzregenten Wilhelm (des späteren Kaisers Wilhelm I.) an, die dieser aus Anlass der Regentschaftsübernahme am 8. November 1858 im Berliner Stadtschloss an das preußische Staatsministerium richtete: »In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indes einer Reform wird unterworfen werden müssen«. Das Regierungsprogramm der Neuen Ära (8. November 1858), in: *Ernst Rudolf Huber* (Hrsg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 2: *Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1900*, 3., neubearb. Aufl., Stuttgart/Berlin 1986, S. 35–37, hier: S. 37.